

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von W. Planatich u. Co., Magdeburg. Druck von Franz Etzke, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Dr. Mühlstraße 3. Fernsprecher 261.

Redaktions- und Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplar 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 zgl. Befehlgeb. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und Illustrierte Nummern 10 Pf. — Inzertionsgebühren: die sechsgehaltene Zeile 15 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 576.

Nr. 171.

Magdeburg, Dienstag den 25. Juli 1905.

16. Jahrgang.

Der politische Massenstreik und die zukünftige Entwicklung.*)

In der Magdeburger „Volkstimme“ hat sich Genosse mr. das Verdienst erworben, das äußerste Extrem jener Meinungen zu vertreten, die den politischen Massenstreik unter allen Umständen verwerfen. Solche offene Aussprüche, die auch die äußersten Konsequenzen nicht scheut, mag durch ihre Ergebnisse zunächst ein wenig verblüffend wirken, sie übt aber schließlich doch eine heilsame Wirkung aus, weil sie alle Teilnehmer der Diskussion zum Aussprechen ihrer letzten Argumente zwingt. „In unsrer Auffassung von der zukünftigen Entwicklung passen Revolutionen nicht hinein...“ Sachlich mag es ja vielleicht befremdlich erscheinen, daß Sätze solcher Art in der Parteipresse zu finden sind; erfreulich sind sie aber als Ausdruck persönlicher Aufrichtigkeit, die wohl den entschiedenen sachlichen Widerspruch, nicht aber persönliche Erbitterung und Gereiztheit herausfordert.

Genosse mr. hat von seinem Standpunkt alles logisch entwickelt; denn wenn es wahr ist, daß in unsrer Auffassung von der zukünftigen Entwicklung Revolutionen nicht hineinpassen, dann lohnt es kaum der Mühe, die Idee des politischen Massenstreiks überhaupt zu diskutieren. Man kann wohl ein Revolutionär und doch kein Anhänger des Massenstreiks, aber nicht ein Anhänger des Massenstreiks und dabei kein Revolutionär sein. Also, einverständlich anerkannt und von beiden Seiten unterschrieben: „Der politische Massenstreik ist ein revolutionäres Mittel!“

Auch über den Begriff der Revolution, wie er in dieser Diskussion zu fassen ist, wird sich zwischen beiden Seiten ein Einverständnis leicht erzielen lassen. Revolution im weiteren Sinne ist jede bedeutende Umwälzung, mag sie sich auch auf völlig friedlichem und verfassungsmäßigem Wege vollziehen. Eine solche bedeutende gesellschaftliche Umwälzung streben wir Sozialdemokraten aber alle an, und in diesem weiteren Sinn nennen wir uns eine revolutionäre Partei. In diesem weiteren Sinn kann der Satz, daß Revolutionen in unsrer Auffassung von der künftigen Entwicklung nicht hineinpassen, unmöglich gemeint und verstanden sein; vielmehr gilt es hier umgekehrt, daß wir uns eine künftige Entwicklung ohne solche Revolutionen gar nicht denken können — denn sonst wären wir keine Sozialisten. Im engeren Sinn aber versteht man unter einer Revolution eine Aktion von Volksmassen, die auf einem andern Wege als dem der geschriebenen Verfassung eine Aenderung der staatlichen Verhältnisse herbeizuführen strebt. Dann geht sie darauf aus, den freien, herrschenden Willen der verfassungsmäßig zur Regierung berufenen Faktoren entweder in einem bestimmten Fall einzuschränken oder gänzlich aufzuheben. Ueber die Macht der Könige, Minister und Parlamenten erhebt sich diktatorisch die Gewalt des Volkes. Unter dem Einfluß unmittelbar zu befürchtender oder schon eingetretener Störungen der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung sehen sich die verfassungsmäßig Regierenden gezwungen, nachzugeben oder abzudanken.

Das sind die Revolutionen, die in die Auffassung des Genossen mr. nicht passen, die nach seiner Meinung das Proletariat nicht provozieren und nicht erwarten, für die es sich auch nicht rüsten darf.

Und warum nicht? Auch darüber bleibt uns Genosse mr. nicht die Auskunft schuldig. Er erwartet nämlich, daß die herrschenden Klassen ihre Positionen preisgeben werden, wenn die Lektion vom 16. Juni 1903 noch ein paarmal wiederholt wird und sich die Mehrheit der Bevölkerung im steigenden Maße der Sozialdemokratie zuwendet.

Bis hierher ist es möglich, die Gedankengänge des Genossen mr. ihrem Ausgangspunkt zu verfolgen; hier aber stehen wir vor einem dunklen Tor, an dem düstere Fragezeichen die Wache halten.

Es ist nämlich absolut nicht einzusehen, warum die herrschenden Klassen ihre Positionen aufgeben sollen, wenn sich die Mehrheit der Bevölkerung in steigendem Maße der Sozialdemokratie zuwendet. Die Sozialdemokratie ist — nach der Auffassung des Genossen mr. — eine Partei, in deren Auffassung von der künftigen Entwicklung Revolutionen d. h. verfassungswidrige Eingriffe nicht passen. Wenn dem so ist, so brauchen die herrschenden Klassen nur rechtzeitig die Verfassung so umzugestalten, daß ein verfassungsmäßiger

Einfluß des Proletariats für Absehbare Zeit unmöglich wird — und dann dürfen sie getrost zusehen, wie sich die Mehrheit der Bevölkerung in stets steigendem Maße der Sozialdemokratie zuwendet. Ja, wir dürfen für diesen Fall sogar eine viel größere „Meinungsfreiheit“ erhoffen, als wir sie heute genießen. Denn wenn die herrschenden Klassen klug sind, werden sie uns ruhig schimpfen lassen — fürchten brauchen sie uns ja nicht, da Revolutionen in unsrer Auffassung nicht passen.

Man weiß aber jeder Mensch, daß die Dinge in Wirklichkeit ganz anders liegen, daß die herrschenden Klassen uns fürchten und daß die Furcht immer größer wird. Die herrschenden Klassen sind selbst Praktiker der Gewalt und glauben uns keine Mühe, daß wir durch leere Deklamationen unser Programm erfüllen wollen. Denn glauben sie das, so würden sie uns auslachen und nicht fürchten. Mit sieben-tausend Professoren der Sozialpolitik wird immer noch ein einziger albernere Knappe fertig, wenn er zufällig an der geladenen Kanone steht. Wären die herrschenden Klassen für alle Zeit dieser albernere Knappe gewiß, so würden sie die sieben-tausend Professoren nicht fürchten.

Das ist eine so selbstverständliche Wahrheit, daß auch darüber zwischen mr. und uns kaum ein Streit entstehen kann. mr. will ja schließlich, so friedlich er sich auch gibt, auf eine kleine Zimmerpistole nicht verzichten: Wenn Westeuropa kosakisch wird, dann, ja dann, wird das Proletariat in einem Emanzipationskampf jedes Mittel anwenden.

Nur eine kleine Korrektur, Genosse mr., und wir sind handelseinig. Nicht „wenn“, sondern „soweit!“ Soweit Westeuropa kosakisch ist, d. h. soweit es von der Demokratie entfernt ist, muß der Kampf des Proletariats noch ein anderer sein als ein bloßer gewaltloser Meinungskampf. Das Volk bereit sein, jeden Tag jede Waffe anzuwenden, die ihm die Günst des Augenblicks in die Hand gibt und die zu gebrauchen ihm das Recht der Verzweiflung gestattet.

In nichtdemokratischen Staaten gäbe es in der Tat keinen Schutz gegen die Willkür herrschender Klassen, wenn die Gewaltanwendung von oben nicht fürchten müßte, eines Tages doch auf unüberwindliche Widerstände zu stoßen, die ihr die Gewalt von unten entgegensetzt. Daß solche Widerstände möglich sind, trotzdem sich jene auf die bewaffnete Gewalt stützt, darüber kann kein Zweifel bestehen, denn in ganz oder teilweise kosakisch regierten Staaten bleibt auch das letzte Mittel herrschender Klassen unzuverlässig.

Die Behauptung des Genossen mr., daß Revolutionen (im engeren Sinn) in unsrer Auffassung von der künftigen Entwicklung nicht hineinpassen, kann also nur so gemeint sein, daß eine gewaltrevolutionäre Entwicklung unsern Wünschen, unsern humanen Empfinden nicht entspricht, daß wir sie vermeiden wollen, wenn es an uns liegt, und daß wir darum die volle Demokratie fordern, in der allein die Gewähr gegen solche unerwünschte Möglichkeiten liegt. Unserer „Auffassung“ aber entspricht es keineswegs, daß die herrschenden Klassen abdanken werden vor einer Mehrheitsmeinung, hinter der kein fester Wille steht, sie mit allen brauchbaren Mitteln in die Wirklichkeit umzusetzen. Denn vor bloßen Theorien läuft niemand davon. Unselig das Volk, das für seine Freiheiten und Rechte hungert und sterben muß, aber noch unseliger jenes Volk, das für seine Freiheiten und Rechte nicht zu hungern und nicht zu sterben versteht. Denn ihm winkt keine Hoffnung, und es ist nicht bloß unglücklich, sondern auch verächtlich und verachtet.

Was folgt daraus für uns? Es wäre eine Gewissenlosigkeit und eine Torheit, wenn wir das Volk ohne Not zu aussichtslosen Kämpfen verleiten, wenn wir das äußerste und Letzte zum Alltäglichen machen wollten. Die Gewissenlosigkeit und Torheit wäre aber nicht geringer, wenn wir die Arbeiter, soweit das an uns liegt — denn gelingen würde uns das niemals — zu gebulbigen Hohen und Volkswächtern erziehen wollten, die die Anwendung revolutionärer Mittel unter allen Umständen verabscheuten, weil sie in ihre Auffassung nicht passen.

Damit ist erst der gemeinsame Boden gegeben, auf dem eine Diskussion über den politischen Massenstreik möglich ist. Und auf diesem Boden begegnen wir erfreulicherweise auch dem Genossen mr. Er will ja nicht sagen, daß der politische Massenstreik unter allen Umständen ein unmögliches und unwirksames Kampfmittel sei, und damit tut er gut; denn selbst wenn der Massenstreik so unmöglich und so unwirksam wäre, wie er es unter gewissen Umständen nicht ist, so wäre es nicht klug gehandelt, wenn wir unsern Gegnern verrietten, welche Waffen wir in unserm Arsenal nicht haben, die Anwendung welcher Mittel sie von uns in keinem Falle zu erwarten brauchen. mr. will uns nicht, daß der politische Massenstreik mit einem „offiziösen Parteistempel“ versehen

werde. Wenn man aber gegen den offiziellen Parteistempel ist, so muß man doch zunächst wissen, was auf ihm steht. Eine parteioffizielle Anweisung, sich des Massenstreiks dreimal täglich zu bedienen, wäre allerdings bedenklich. Eine parteioffizielle Aufforderung an die Genossen im Lande, bereit zu sein für den äußersten Fall der Notwehr oder zur geschickten Ausnutzung etwa eintretender außerordentlicher Umstände, die Möglichkeit eines politischen Massenstreiks ins Auge zu fassen, auf die Notwendigkeit außerordentlicher Opfer gefaßt zu sein und sich an den Gedanken solcher Notwendigkeit zu gewöhnen — eine solche Mahnung kann kaum unvorhergesehenen Schaden stiften und viel eher unvorhergesehenen Nutzen bringen.

Den politischen Massenstreik auf die Tagesordnung des Parteitags setzen, heißt sicher, große Anforderungen an den Takt und die politische Umsicht der Diskussionsredner stellen. Denn hier gilt es, den Kurs zwischen Schylla und Charybdis zu nehmen und weder flau noch scharf machen, weder den Putz zu propagieren noch zu friedensmeiern, weder zu anarchisieren, noch zu liberalisieren. Im Grunde aber heißt das alles nichts andres als — sozialdemokratische Grundsätze vertreten, die unsre gemeinsame Ueberzeugung sind und die auch der Genosse mr. teilt, in dessen Auffassung von der künftigen Entwicklung keine Revolutionen passen wollen. Genosse mr. ist an die äußerste Grenze dessen gegangen, was ein Sozialdemokrat gegen den politischen Massenstreik sagen kann und ist dabei in der Sache doch zu Anschauungen gekommen, die sich von den „extremsten“ der andern Seite nur um eine Nuance unterscheiden. Das scheint ein neuer Beweis dafür zu sein, wie eng wir trotz allen Meinungsverschiedenheiten doch zusammengehören und wie uns der Zwang der Tatsachen nicht nur nach einem und demselben Ziel drängt, sondern uns schließlich auch ein und denselben Weg weist und uns gegenseitig zu fördern und zu belehren, werden wir auch der Gefahr entgegen, in die die Diskussion über den Massenstreik jüngst an anderer Stelle beinahe zu geraten drohte: nämlich in einen persönlichen Zank herabzusinken, der niemand zum Nutzen dient als dem schadenfrohen Dritten: unsern bürgerlichen Gegnern. F. S.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 24. Juli 1905.

Ein Nachtragskapitel zum Königsberger Prozeß.

Ueber die Erscheinungen, die im Königsberger Prozeß zutage getreten sind, wundert sich kein Mensch mehr und keiner regt sich mehr darüber auf. Man hat sich eben an den Gedanken gewöhnt, daß bei Gott und bei der preussischen Justiz alles möglich ist, wenn es gilt, das heilige Rufland vor der roten Revolution zu schützen. Wir bilden uns daher nicht ein, die preussische Regierung durch irgend welche neue Entschuldigungen etwa „kompromittieren“ zu können, da man ja Mochren nicht nur nicht weiß waschen, sondern noch weniger — schwarz machen kann.

Trotzdem, nur der Vollständigkeit halber, verdient der folgende Sachverhalt bekannt zu werden:

Lange vor Eröffnung des Hauptverfahrens, zurzeit, da die Hauptangeklagten von Königsberg im Untersuchungsgefängnis schmachteten, waren der preussischen Regierung Bedenken über die Gesetzmäßigkeit ihres Vorgehens aufgestiegen. Um sich Gewißheit zu verschaffen, wandte sie sich an die deutsche Botschaft in Petersburg mit dem Auftrag, es solle festgestellt werden, ob zwischen Deutschland und Rußland in der Bestrafung des Hochverrats Gegenseitigkeit bestände. Die deutsche Botschaft legte diese Frage einem bekannten russischen Juristen vor, der ihr häufig Auskünfte in russischen Rechtsfragen zu erteilen pflegt. Dieser Jurist beantwortete die Frage, ob zwischen Deutschland und Rußland im Falle des Hochverrats die Gegenseitigkeit verbürgt sei, mit einem runden, glatten „Nein!“

Trotzdem wurde Anklage erhoben! Trotzdem vertrat der vom Staatsministerium instruierte Staatsanwalt die Anschauung, daß die Gegenseitigkeit verbürgt sei, als etwas ganz Selbstverständliches — ganz als ob nichts passier wäre. Trotzdem überließ man es der Verteidigung, auf einen Strajansschließungsgrund aufmerksam zu machen, den man längst schon kennen mußte, und schien sogar, als die Verteidiger den Einwand der nichtverbürgten Gegenseitigkeit machten, völlig überrascht und verblüfft.

Die bürgerliche Presse, die seinerzeit dem Justizministerium den bitteren Vorwurf machte, der Königsberger Prozeß sei „schlecht vorbereitet“ gewesen, wird sich nunmehr gezwungen sehen, ihre Meinung zu revidieren. Aus will es wenigstens dünken, daß der Königsberger Prozeß ganz ungenügend „gut“ vorbereitet war, und daß das ganze Maß der

*) Die mit mr. gezeichneten Generalstreiksartikel, die wir vorige Woche veröffentlichten, haben bisher eine Entzignung gefunden, die vortrefflich zum Ausdruck gelangt. Wir haben, offen gestanden, aus dem Kreise unserer Leser zahlreiche Meinungsäußerungen erwartet, die aber bisher ausblieben. Vielleicht kommen sie noch. Wir würden mit Vergnügen den Raum zu einer ausgedehnten Diskussion zur Verfügung stellen.

Zustizverwaltung daher kam, daß die Verteidigung doch noch ein wenig früher aufgestanden war als sie. Man hat entweder mit kaltem Verwurfschein gegen Leute prozessiert, von denen man wünschte, daß sie im Sinne des Gesetzes unschuldig seien, oder man hat doch zum mindesten in arglistiger Weise schwerwiegende Umstände zu verbergen gesucht, die zugunsten der Angeklagten sprachen.

Wie gesagt, wir glauben nicht, daß sich jemand über diesen Sachverhalt wundern wird. Derartige Enthüllungen haben in Preußen-Deutschland längst aufgehört, Sensationen zu sein.

Eine gemeine Geschichte, eine Schweinegeschichte.

In allen gegnerischen Versammlungen, in allen Kreisreptilien von der Ostsee bis zum Bodensee, hallt ein Petermordio über die neueste Schandtat der Roten, die, wie uns von allen Seiten versichert wird, alles bisher dagewesene überbietet. „Das zynische Proben mit der Schaulosigkeit“, schreibt die „Nordb. Allg. Btg.“, „die gemeine Befuldung aller Ideale, die dem gestifteten Menschen das Leben lebenswert erscheinen lassen, tritt ja immer aufs neue bald in diesem, bald in jenem sozialdemokratischen Organe in oft geradezu widerlicher Weise an den Tag; das stärkste Stück in dieser Beziehung dürfte aber doch die „Münchener Post“ geleistet haben.“

Was hat die „Münchener Post“ getan? Sie hat, so erzählt die „Norddeutsche“ und die ganze Kreispresse, „den Selbstmord für Kaiser und Reich mit dem Tod des Schweins verglichen, das unter dem Beil des Schlächters endet“. In den Oberbairner Wahlversammlungen ist es noch ein wenig anders erzählt worden. Da wurde gesagt, die „Münchener Post“ habe die Soldaten, die für das Vaterland ihr Leben lassen, mit Schweinen verglichen, die geschlachtet werden.

Die Geschichte klingt ein wenig seltsam. Denn die Kinder des Volkes, die zum Dienste für Kaiser und Reich eingezogen sind, als Schweine zu titulieren und sie dementsprechend zu behandeln, das ist bisher das traurige Vorrecht gewisser militärischer Vorgesetzter gewesen, das ihnen streitig zu machen der sozialdemokratischen Presse bisher nicht eingefallen ist. Wäre die „Münchener Post“ den Soldaten gegenüber wirklich in den Ton prügeln der Unteroffiziere verfallen, so würde sie sich ganz gewiß keinen Tag länger ein sozialdemokratisches Organ nennen dürfen.

Was hat aber die „Münchener Post“ in Wahrheit getan? Sie hat in einem zornigen Aufsatz gegen das System protestiert, das die Menschen schlechter als die Schweine behandelt. Sie hat die Verbrechen einer Diplomatie gezeigelt, die nahe daran war, das deutsche Volk um Marokkos willen in einen Krieg zu verwickeln und hat mit unansehnlicher Logik den Gedanken entwickelt, daß die kapitalistische Gesellschaft mit den Schweinen vernünftiger und humaner umgehe als mit den Menschen. Während die Tiere bloß zu vernünftigen Zwecken getötet werden und es keinem Menschen einfällt, sie in verletztem Zustande in Sonnenbrand oder Schnee langsam krepieren zu lassen, so wird die Menschheit in die Irre geleitet und grauam verkommen zu lassen. So kam sie zu dem großen aber durchaus treffenden Schluß, daß ein Schwein, das zum Schlachten geführt werde, besser daran sei, als ein deutscher Soldat, der für einen solchen ausgemachten Humbug wie den Marokkollater sein Leben hätte hingeben müssen.

Was hat also die „Münchener Post“ getan? Sie hat im Namen der Menschlichkeit gegen die Bestialität des Krieges protestiert, wie es erleuchtete Geister der bürgerlichen Gesellschaft auch getan haben. „Des Menschengeschlechts Brandmal alle Jahrhunderte hindurch, der Hölle lautestes schreckliches Hohngelächter ist der Krieg“, sagt Klopstock. Und der findet ja wohl auch noch Anerkennung bei der bürgerlichen Presse.

Deutschland.

* Berlin, 24. Juli. Die Bevölkerung des Deutschen Reiches hat nach der Schätzung des kaiserlichen Statistischen Amtes im laufenden Jahre 60 Millionen überschritten. Nach dem Statistischen Jahrbuche ist die mittlere Bevölkerung des Jahres 1905 auf 60 164 000 Köpfe geschätzt gegen 59 364 000 im Jahre 1904 und 58 569 000 im Jahre 1903. Von 1902 zu 1904 hätte hiernach die Bevölkerung nur 795 000 und von 1904 zu 1905 um 800 000 zugenommen. Die am 1. Dezember d. J. stattfindende Volkszählung wird zeigen, wie weit das rechnergemäße Ergebnis von dem wirklichen abweicht. Erheblich wird, so schreibt die „W. Btg.“, der Unterschied nach den Erfahrungen bei den früheren Volkszählungen nicht sein. Die 50. Million überschritt die Einwohnerzahl Deutschlands im Jahre 1895; 1870 betrug die Bevölkerung des heutigen Deutschen Reiches 40,8 Millionen, 1855 36,1 1816 24,8 Millionen. Man kann ungefähr berechnen, daß sich die Bevölkerung des Reiches seit 72 Jahren verdoppelt hat.

* Düsseldorf, 24. Juli. Nicht merkwürdige Maßnahmen, durch welche die Rentenversicherung in ein System gebracht werden soll, berichtet man aus Düsseldorf. Wie die „W. Btg.“ mitteilt, beabsichtigt die dortige Regierung die Anstellung von zwei ärztlichen Vertrauenspersonen, deren Aufgabe es sein soll, im Regierungsbezirk herumzureisen und die Invalidenrenten einer Nachuntersuchung zu unterziehen. Die beiden sollen den Titel Landesmedizinalräte erhalten. Bisher ist immer nur ein Teil der ärztlichen Gutachten einer Nachprüfung unterworfen worden. Dies soll jetzt durchaus anders werden. Einer der in Aussicht Genommenen ist ein bekannter Bonner Privatdozent, der als berufsärztlicher Vertrauensarzt unter der Arbeiterschaft jetzt längere berichtigt ist. Bei dem ganzen handelt es sich um einen Versuch, den auf die übrigen Regierungsbezirke nach einiger Zeit zu übertragen beabsichtigt ist. Die Verhältnisse der Regierung mit den beiden in Frage stehenden Ärzten sind dem Abschluß nahe. Es gilt also für die Arbeiterschaft, keine Zeit zu verlieren.

England.

Der Entschluß des Ministeriums Balfour, vorläufig im Amt zu bleiben, wurde bekräftigt durch dringende Vorstellungen der Anhänger des Premierministers aus beiden Häusern des Parlaments. Falls die Regierung keine neue Niederlage erleidet, die einen sofortigen Rücktritt erzwingt, wird die gegenwärtige Session wahrscheinlich am 12. August geschlossen werden; bald darauf soll das Parlament aufgelöst werden. Die Neuwahlen werden wahrscheinlich im Oktober stattfinden.

Schweiz.

Auf Anordnung des Bundesanwalts wurden in Zürich Verhaftungen sowie Hausdurchsuchungen bei Personen vorgenommen, die als Anarchisten verdächtig sind und sich an der Verbreitung eines anarchischen Flugblatts beteiligten. Die Verhafteten, 13 an der Zahl, sind meistens Deutsche, die übrigen österreichischer, russischer und schweizerischer Nationalität. Drei Ausländer ohne Ausweispasspore sind schon abgeschoben worden, fünf verbleiben in Haft und werden durch den Bundesrat, ausgewiesen werden.

Das Attentat auf den Sultan.

Auf den Sultan Abdul Hamid ist am Freitag ein Attentat verübt worden, doch ist dem Mörder, an dessen Händen unsichtbar das Blut unzählbarer Menschen klebt, nichts geschehen. Nur Unschuldige hat die geworfene Bombe geschädigt; das offizielle Telegramm meldet von 200 Toten und Verwundeten. Das Attentat geschah während des bekannten Freitag-Gottesdienstes, des Selamlits, zu dem sich der Sultan in die Hamidie-Moschee begibt, die sich in dem Palast befindet, hinter dessen Mauern der argwöhnische und von Blutfurcht gepeinigter Mann sein Leben verbringt. Dieses Yildizpalais ist freilich eine ganze Stadt: es gibt darin Gärten, Schlösser für die „Frauen“ des Sultans, Wohnungen für die Minister, Theater, Reitschule und, was die Hauptsache ist, Kasernen mit viel Soldaten, welche den Daseinszweck des türkischen Staatswesens erfüllen: über den Sultan zu wachen. In diesem Palast haust Abdul Hamid; er ist seine Residenz und sein Gefängnis. Mit Ausnahme der religiösen Ramazansfahrt zu den Prophetenreliquien im alten Palast verläßt der Sultan seine Residenz niemals. Um so bemerkenswerter ist dieses Attentat, das den Sultan gleichsam in seinem Hause traf, und das bei dem Freitagsgottesdienst, an dem traditionell das diplomatische Korps teilnimmt.

Natürlich hat der Sultan die „volle Geistesgegenwart“ bewahrt und eine „ausgezeichnete Haltung“ gezeigt; sein „Ansehen“ hat bei der Bevölkerung schon „außerordentlich gewachsen“, und wie sich die Volkshäuser bereit haben, den Sultan zu „beglückwünschen“, so telegraphieren auch die europäischen Souveräne ihrem Kollegen im Regieren. Abdul Hamid hat auch schon das übliche tiefe Wort gesprochen: er fürchte nichts, sagte er, „da nur Gottes Wille geschehen sei...“ Von dem furchtlosen Mörder, der die Bombe geworfen, fehlt natürlich jede Spur: er dürfte bei dem Anschlag verunglückt sein. Danach sind natürlich auch die vom Sultanshofe verbreiteten „Gerüchte“ zu werten, daß der Attentäter bald ein Armenier, bald ein Bulgare, bald ein Jude gewesen sein soll. „Mißgünstig“ zu dem Attentat hat alle, die des Sultans Willkür und Rachsucht so oft erfahren haben.

Abdul Hamid steht im 63. Lebensjahr; er regiert seit dem 31. August 1876, zum Throne ist er bekanntlich gelangt, indem er den Sultan Murad 5., seinen Bruder, für „wahnhaftig“ erklären und gefangen nehmen ließ; dieser ersten Untat folgten in den 30 Jahren zahllose andre. Er ist der 34. Sultan der Osmanen; das einstige Weltreich ist unter ihm zu einer unbedeutenden Provinz herabgesunken.

Das Attentat.

Ueber das ganze Vorkommnis am Freitag ist noch viel Dunkel gehüllt und die streng gehandhabte Press- und Depeschenzensur trägt nicht dazu bei, das Dunkel aufzuhellen. Die Nachrichten widersprechen sich daher außerordentlich, doch stimmen sie alle darin überein, daß die Bombe oder Höllemaaschine eine geradezu fürchterliche Wirkung ausgeübt haben muß. Der Scherzpreze wird darüber berichtet:

Der Sultan stand bereits auf der Freitreppe der Moschee, um seinen Wagen zu besteigen, als eine fürchterliche Detonation hinter dem jenseitigen Straßengitter, an der Straße nach Beşiktaş, etwa gegenüber dem großen Uhrturn und ungefähr 30 Meter vom Sultan entfernt, erfolgte. Neben dem Sultan wurde der Generaladjutant Mehmed-Pascha, der Sekretär Djelal-Bey und ein junger Offizier verwundet. Am Explosionsorte war eine 2 Meter große Höhlung im Erdboden entstanden; ringsum lagen teilweise scharflich zerrissen 24 Tote und 57 Verwundete, meist Ausländer, Soldaten und Polizisten. Der Explosion folgten mehrere Gewerkschäfte. Vom Attentäter war nichts übrig geblieben; die Kraft der Bombe hatte ihn in Atome zerrissen. Ein abgerissenes Pferdebein fiel auf die Fremdenstraße nieder, wo auch eine Dame und ein Herr durch Splitter verletzt wurden. Der Sultan bewachte nach dem Vorfall eine stammenswerte Kaltblütigkeit und Ruhe; er befing den Wagen und ließ sich, wie er es gewohnt ist, selbst ins Palais zurück, nach allen Seiten freundlich grüßend. Gleich nach dem Eintreffen im Palais empfing der Sultan den österreichischen Botschafter, der die ersten Glückwünsche zur Errettung brachte in Audienz. Im Yildiz wurde durch die Gewalt der Explosion der Uhrturn und die Moschee teilweise beschädigt. Unzählige Fensterstübe gingen in Trümmer. Der Knall war über ganz Pera bis nach Stambul hinein hörbar. Ueber die Lächerlichkeit laufen verschiedene Gerüchte. Im Yildiz glaubt man, nachdem bereits seit 2 Wochen Drohbriefe vom mazedonischen Komitee eingelaufen waren, an die Einschmuggelung einer Höllemaaschine in einem Postkutschenwagen durch die Makedonier, auch wird angenommen, daß vielleicht ein Araber aus Yemen einen Raubzug verüben wollte. Andere mutmaßen einen jugoslawischen oder armenischen Aufschlag.

Wie es scheint, will man das Attentat zu einer neuen Hege gegen die Makedonier fruktifizieren. Da diese, wie man vor zwei Jahren gesehen hat, aber keineswegs zu den Leuten gehören, die sich ruhig von den Forderungen des Sultans hinhören lassen, stehen offenbar wieder bewegte Tage auf dem Balkan in Aussicht.

Der Selamlit.

„Selamlit“ ist ein arabisches Wort und bedeutet eigentlich Grußworte. Es ist im gewöhnlichen arabischen oder türkischen Hause das Männergenach, wo man die Gäste empfängt und begrüßt. Er bedeutet dort den Gegensatz zum Harem, dem Frauen-genach, das kein Fuß eines Fremden betreten darf. Der Selamlit als offizieller Brauch des Yildizpalais hat eine andre Bedeutung, nämlich die, daß der Großherr sich in seiner Eigenschaft als Khalif, als religiöser Oberhaupt des Islams, dem Volke zeigt. Das geschieht alle Freitag und einfach in der Weise, daß der Sultan unter großen Gepränge den Yildizpalais verläßt, um in der Nähe vor dem Kiosk befindlichen Hamidie-Moschee seine Anbacht zu betreiben. Trotz seiner Todesangst kann sich Abdul Hamid dieser Pflicht nicht entziehen; täte er es, so wäre das einfach ein Bruch mit der Religion, von der seine Macht abhängt. Der Selamlit bietet ein glänzendes Schauspiel sowohl für das Volk von Konstantinopel als auch für die zahlreichen Fremden. Schon frühmorgens herrscht in der Umgebung der Hamidie-Moschee reges Leben. Wagen auf Wagen rollen heran und alsbald wimmelt alles von glänzenden Uniformen. Unter dem Schutze und unter der Garantie der Botschaften und Konsulate finden auch „Fremde von Distinktion“ Zutritt in vom Militär nicht abgesperrten Raum. Einen Kiosk aber, der speziell für die Fremden errichtet war, hat der Sultan im Jahre 1901 aus Furcht vor Attentaten niederreißen lassen. Heute wird man nur dann zum Selamlit zugelassen, wenn man sich der Botschafter persönlich und durch Unterschrift für die Ungefährlichkeit des Einlasswerbers verbürgt. Wer nicht so glücklich ist, sich des persönlichen Vertrauens eines Botschafters zu erfreuen, muß heutzutage froh sein, wenn es ihm auch nur gelingt, irgendwo, ziemlich weit hinter dem Kreise der den Moscheepalast umschließenden Truppen, Posto zu fassen, um von dort etwas von den Vorgängen mit dem Blick zu erfassen. Ein Attentat gegen den Sultan ist also auch beim Selamlit nichts weniger als leicht durchzuführen. Der Mann, der die Bombe schleuderte oder, da sie offenbar vorzeitig geplatzt ist, schleudern wollte, stand ebenfalls hinter dem Truppenkordon. Er befand sich auf etwa 200 Schritt Entfernung von der Stelle, auf der der Sultan im Augenblick der Explosion weilte. Die Bombe soll zwar mit einem Handgriff zum Schleudern versehen gewesen sein, aber immerhin ist ein bestimmtes Ziel auf solche Entfernung kaum zu treffen.

Letzte Nachrichten.

Ed. Konstantinopel, 24. Juli. Die Zahl der Toten und Verwundeten, die das Bombenattentat im Gefolge gehabt hat, beträgt nahezu 200. Darunter befinden sich viele Offiziere und eine große Anzahl Drohbriefschreiber, deren Wagen und Pferde in Stücke gerissen wurden; überhaupt hat sich die Wucht der Explosion mehr nach der Straße zu gerichtet, als nach dem Hof der Moschee. Der Attentäter ist noch nicht gefunden. Er soll Offiziersuniform getragen haben und umgekommen sein. Man behauptet nämlich jetzt, daß das Attentat durch eine geworfene Bombe ausgeführt worden ist. Wahrscheinlicher aber ist die Version, daß es sich um eine Bombe mit Zeitzunder handelt. Offiziell will man beweisen haben, daß makedonische Revolutionäre die Urheber des Attentats seien. Verhaftungen unter Armeniern und Bulgaren sowie zahlreiche Hausdurchsuchungen wurden vorgenommen.

Ed. Konstantinopel, 24. Juli. Nach Angabe der türkischen Geheimpolizei sollen zwei italienische Anarchisten, Djabi und Kecalni, seit einiger Zeit sich in Konstantinopel verborgen halten. Vermißt wird auch seit dem 21. d. M. ein angeblich aus Nürnberg zugereister Deutscher namens Hans Keller, der in der Pension Müller wohnte. Keller wohnte hinter dem Kavallerie-Kordon der Selamlit-Freier bei. Eine Erlaubnis bei dem deutschen Konsulat, die das Recht gibt, im Inneren des Kordon dem Selamlit beizumischen, hatte Keller nicht nachgesucht. Anzeigen weisen darauf hin, daß Keller von der Polizei verhaftet wurde. Wie zuverlässig verläutelt, ist nicht bekannt, daß er mit einem Strohhut bedecktes Individuum 2 Minuten vor der Explosion einen Araber an der Stelle, wo die Explosion stattfand, hinstellte. In diesem Araber befand sich eine Höllemaaschine. Das Individuum ist getötet oder verzwundet.

Die russische Revolution.

Der Verfassungsentwurf des Semstwo-Kongresses.

Wie dem „Standard“ aus Moskau gemeldet wird, ist der dem Semstwo-Kongress vorgelegte Verfassungsentwurf in sechs Abschnitte geteilt. Der Entwurf stützt sich hauptsächlich auf das englische Muster mit stellenweiser Annäherung an die französische Verfassung:

Dem Zaren wird der Oberbefehl über die Streitkräfte zugestanden. Er soll ferner das unbegrenzte Vetorecht und die Prärogative eines Souveräns haben. Die Bildung eines Kabinetts ist nach englischem Muster gedacht, d. h. der Zar würde einen Kanzler ernennen und die übrigen Minister nach der Wahl des Kanzlers ernennen. Die Finanzen werden den Kammern unterstellt, deren Mitglieder auch das Recht haben sollen, die Minister wegen Pflichtverletzung unter Anklage zu stellen. Das Recht der Gesetzgebung steht den Kammern zu und alle Bürger sollen in gleicher Weise dem Landesgesetz unterstellt sein. Das Paß-System wird abgeschafft, ebenso wie die Untersuchung der Korrespondenz und die Zensurbestimmungen. Es sollen zwei Kammern, eine obere und eine untere, oder Nationalkammer eingerichtet werden. Die obere Kammer würde von den Körperschaften gewählt, welche jetzt die Semstwo und Stadtverordneten erwählen, während die untere Kammer durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahl auf die Dauer von 4 Jahren zu wählen wäre. Die Nationalkammer würde 840 Mitglieder zählen, bei deren Wahl Klasse oder Bekenntnis nicht in Betracht kommen: Es würde demnach je ein Vertreter auf 150 000 Köpfe kommen. Besondere Bestimmungen verlangen, daß kein Mitglied der Kammer Orden oder andere Auszeichnungen von dem Herrscher annimmt, ohne sofort seine Renunziation zu beantragen. Die Wahlen sollen Sonntag stattfinden. Es hat eine Renunziation stattzufinden, falls keiner der Kandidaten die absolute Majorität der Stimmen erhält. Die Session würde in jedem Jahre am dritten Montag im Oktober zu eröffnen sein. Besondere Paragraphen sollen es dem Zar unmöglich machen, willkürlich die Kammern aufzulösen. Die Sitzungen sind öffentlich gedacht. Die Kammern würden das Recht haben, neue Gesetze einzuführen. Zur Einführung eines Gesetzentwurfes in die Kammern genügt die Zustimmung von 30 Mitgliedern der unteren und 15 Mitgliedern der oberen Kammer. Verträge mit dem Auslande würden ebenfalls der Kontrolle der Kammern unterstellt sein. Das Budget würde zunächst von der Nationalversammlung und dann von der oberen Kammer anzunehmen sein, ehe es dem Zaren vorgelegt wird. Bei Beginn einer neuen Regierung würden die Kammern die Höhe der Zivilliste des Herrschers bestimmen.